

## Textgegenüberstellung

Geltende Fassung

Vorgeschlagene Fassung

## Artikel I

## Änderung des Gerichtsorganisationsgesetzes

**Sicherheitsbeauftragte**

§ 15a. (1) Die Leiterin oder der Leiter jeder Dienststelle hat eine geeignete Person als Sicherheitsbeauftragte oder als Sicherheitsbeauftragten zu bestellen, sofern sie oder er diese Funktion nicht selbst wahrnimmt. Für den Fall der Verhinderung ist zumindest eine Stellvertreterin oder ein Stellvertreter zu bestellen. Die oder der Sicherheitsbeauftragte und deren oder dessen Stellvertreterin oder Stellvertreter müssen Bedienstete der Dienststelle sein.

(2) Treten Gründe auf, weshalb die Eignung der oder des Sicherheitsbeauftragten nicht mehr gegeben ist, hat die Dienststellenleitung diese oder diesen abzurufen. Im Übrigen ist eine Abberufung jederzeit auch ohne Begründung zulässig.

(3) Der oder dem Sicherheitsbeauftragten obliegt die Wahrnehmung des Sicherheitsmanagements (§ 15b). Überdies kann sie oder er für Aufgaben des Bedrohungsmanagements (§ 15c) herangezogen werden.

(4) Die Erfüllung der Aufgaben der oder des Sicherheitsbeauftragten ist Dienstpflicht.

**Sicherheitsmanagement**

§ 15b. (1) Die oder der Sicherheitsbeauftragte hat im Rahmen des Sicherheitsmanagements durch Beratung, Dokumentation und Unterweisungen einen Beitrag zur Erhöhung der Sicherheit und zur Schärfung des Sicherheitsbewusstseins an der Dienststelle zu leisten. Dazu hat sie oder er insbesondere folgende Aufgaben wahrzunehmen:

- I. Beratung und Unterstützung der Dienststellenleitung in Sicherheitsfragen, insbesondere bei
  - a) der Planung von Sicherheitskonzepten für Hochrisikoprozesse in Zusammenarbeit mit den Sicherheitsbehörden und der Justizwache,
  - b) der Organisation und Durchführung von Informations- und

**Geltende Fassung****Vorgeschlagene Fassung****Schulungsveranstaltungen sowie****c) Räumungsübungen;**

2. Erstellung, zentrale Verwaltung und jährliche Überprüfung sowie gegebenenfalls Aktualisierung der sicherheitsrelevanten Unterlagen der Dienststelle;
3. Nachweisliche Unterweisung der bei der Dienststelle beschäftigten Bediensteten über die Sicherheit in gerichtlichen und staatsanwaltschaftlichen Gebäuden und Ausfolgung der dafür notwendigen Unterlagen;
4. Dokumentation von sicherheitsrelevanten Wahrnehmungen und Vorfällen sowie allfällige Weiterleitung an die zuständigen Stellen;
5. Dokumentation von Überprüfungsergebnissen der technischen Sicherheitseinrichtungen und Weiterleitung an die jeweilige Dienststellenleitung.

(2) Sind in einem Gerichtsgebäude mehrere Dienststellen untergebracht, sind die in Abs. 1 Z 1 und Z 5 genannten Aufgaben tunlichst von jener oder jenem Sicherheitsbeauftragten im Einvernehmen mit den anderen betroffenen Sicherheitsbeauftragten wahrzunehmen, die oder der jener Dienststelle angehört, die den größten Teil des Gerichtsgebäudes nutzt.

**Zentrale Anlaufstelle in Bedrohungsfällen (Bedrohungsmanagement)**

§ 15c. (1) Die Präsidentin oder der Präsident des Oberlandesgerichts hat in jedem Bundesland ihres oder seines Sprengels zumindest eine zentrale Anlaufstelle in Bedrohungsfällen (zentrale Anlaufstelle) vorzusehen, wobei diese beim Oberlandesgericht oder bei den Gerichtshöfen I. Instanz eingerichtet werden kann.

(2) Die Leitung der jeweiligen zentralen Anlaufstelle obliegt der Präsidentin oder dem Präsidenten des Gerichtshofs, die oder der diese Funktion einer Richterin oder einem Richter des Gerichtshofs, allenfalls auch der oder dem Sicherheitsbeauftragten des Gerichtshofs, sofern diese oder dieser dem höheren oder dem gehobenen Dienst angehört, übertragen kann.

(3) Aufgabe der zentralen Anlaufstellen ist es, Justizangehörige und deren Familienmitglieder in Bedrohungssituationen, die sich aus der dienstlichen Tätigkeit ergeben, zu unterstützen und einen Beitrag zur Erhöhung der Sicherheit zu leisten. Dazu haben sie

**Geltende Fassung****Vorgeschlagene Fassung**

1. alle Mitteilungen über Angriffe und Drohungen in ihrem Zuständigkeitsbereich entgegen zu nehmen und zu dokumentieren,
2. sich daraus ergebende geeignete justizinterne Erhebungen vorzunehmen sowie allenfalls die Sicherheitsbehörden zu befragen,
3. die jeweilige Dienstbehörde von festgestellten Gefährdungspotentialen umgehend zu verständigen,
4. bei Bedarf andere Dienststellen über festgestellte Gefährdungspotentiale zu informieren und
5. Justizangehörige, die Adressatinnen und Adressaten von Angriffen und gefährlichen Drohungen wurden, auf mögliche Unterstützung und Hilfestellungen (Coaching, Supervision etc.) hinzuweisen.

(4) Zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben sind die zentralen Anlaufstellen berechtigt,

1. in die Verfahrensautomation Justiz mittels Namensabfrage und in die die Person der Angreiferin oder des Angreifers oder der oder des Drohenden betreffenden Akten Einsicht zu nehmen sowie Erhebungsersuchen und Anfragen an die solcherart ermittelten Dienststellen und Betroffenen zu richten,
2. Meldung an die jeweils zuständige Sicherheitsbehörde zu erstatten, damit diese die Aufgaben im Sinne der Gefahrenerforschung nach § 16 Abs. 4 SPG iVm § 28a SPG wahrnehmen kann,
3. falls ausreichende Anhaltspunkte für die Ernsthaftigkeit und die Gefährlichkeit des Angriffs, der Drohung oder Bedrohungssituation vorliegen, die Sicherheitsbehörden zu informieren und diesen die dazu vorhandenen Informationen zur Verfügung zu stellen.

(5) Bei Dienststellen ohne zentrale Anlaufstelle ist die oder der Sicherheitsbeauftragte zur Unterstützung der für die Dienststelle zuständigen zentralen Anlaufstelle berechtigt, in die Verfahrensautomation Justiz mittels Namensabfrage und in die die Person der Angreiferin oder des Angreifers oder der oder des Drohenden betreffenden Akten Einsicht zu nehmen. Das Ergebnis dieser Erhebungen hat die oder der Sicherheitsbeauftragte ohne Verzug der zentralen Anlaufstelle schriftlich mitzuteilen.

(6) Die Sicherheitsbehörden haben im Rahmen des § 22 SPG den zentralen Anlaufstellen zu den von diesen bekanntgegebenen Angriffen, Drohungen oder

**Geltende Fassung****§ 32.** (1) bis (4) ...

(5) In Strafsachen sind die Verfahren wegen strafbarer Handlungen gegen die sexuelle Integrität und Selbstbestimmung (§§ 201 ff StGB) derselben Gerichtsabteilung zuzuweisen. Nach Maßgabe des Geschäftsumfanges dieser Strafsachen können sie auch zwei oder mehreren Gerichtsabteilungen zugewiesen werden.

**Justiz-Servicecenter**

**§ 47b.** (1) Nach Maßgabe des Bedarfs der rechtsuchenden Bevölkerung und

**Vorgeschlagene Fassung**

*Bedrohungssituationen (Abs. 4 Z 3) das Ergebnis der Gefahrenerforschung zur Verfügung zu stellen und mitzuteilen, ob und bejahendenfalls welche Maßnahmen in Aussicht genommen werden, sowie allfällige Verhaltensempfehlungen zu erstatten.*

*(7) Die zentralen Anlaufstellen haben alle im Zuge der Prüfung von Gefährdungspotentialen vorgenommenen Erhebungen und sonstigen Veranlassungen aktenmäßig festzuhalten.*

*(8) Über die von ihnen getroffenen Veranlassungen haben die zentralen Anlaufstellen die jeweils zuständige Präsidentin oder den jeweils zuständigen Präsidenten des Oberlandesgerichts umgehend zu informieren.*

*(9) Die Präsidentin oder der Präsident des Oberlandesgerichts hat*

*1. regelmäßige Schulungen für die Dienststellenleitungen und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der zentralen Anlaufstellen gemeinsam mit der Polizei durchzuführen und*

*2. über die im gesamten Sprengel gesetzten Maßnahmen einmal jährlich dem Bundesministerium für Justiz zu berichten.*

**Datenaufbewahrung**

*§ 15d. Personenbezogene Daten und besondere Kategorien personenbezogener Daten, die zur Erfüllung der in den §§ 15 bis 15c GOG normierten Dokumentationspflichten gespeichert werden, sind nach Ablauf von fünf Jahren zu löschen. Bei mehreren Speicherungen bestimmt sich der Zeitpunkt der Löschung nach dem Zeitpunkt der letzten Speicherung. Ist im Einzelfall eine Aufbewahrung der Daten für einen längeren Zeitraum erforderlich, so kann unter Dokumentation der dafür maßgeblichen Gründe die Aufbewahrungsfrist einmalig um höchstens fünf weitere Jahre verlängert werden.*

**§ 32.** (1) bis (4) ...

(5) In Strafsachen sind die Verfahren wegen strafbarer Handlungen gegen die sexuelle Integrität und Selbstbestimmung (§ 107b Abs. 3a Z 3 und §§ 201 ff StGB) derselben Gerichtsabteilung zuzuweisen. Nach Maßgabe des Geschäftsumfanges dieser Strafsachen können sie auch zwei oder mehreren Gerichtsabteilungen zugewiesen werden.

**Justiz-Servicecenter**

**§ 47b.** (1) Nach Maßgabe des Bedarfs der rechtsuchenden Bevölkerung und

**Geltende Fassung**

der regionalen Bedeutung eines Standorts, jedenfalls aber

1. an solchen Standorten, an denen Landes- und Bezirksgericht im selben Gebäude untergebracht sind, *sowie*
2. *bei Bezirksgerichten mit zumindest fünf oder mehr systemisierten vollen Richterinnen- bzw. Richterplanstellen*

kann die Bundesministerin für Justiz zur Behandlung insbesondere von einfachen und rasch zu erledigenden Ansuchen und Auskünften *ein* Justiz-Servicecenter einrichten.

(2) *Ein Justiz-Servicecenter kann auch gemeinsam mit einer Staatsanwaltschaft geführt werden.*

(3) *Zur Mitarbeit in einem Justiz-Servicecenter sind nur solche Bedienstete des Fachdienstes heranzuziehen, die über eine entsprechende Ausbildung und mehrjährige Erfahrung im Kanzleibereich insbesondere auch in Bezug auf die Informationstechnik-Anwendungen der Justiz sowie eine entsprechende Zusatzausbildung in Fragen der Kommunikation, der Kundinnen- und Kundenbetreuung sowie eine Schulung hinsichtlich praxisbezogener Fragestellungen in kundenorientierten Bereichen verfügen. Die näheren Festlegungen für diese spezifische Zusatzausbildung sind von der Bundesministerin für Justiz zu treffen.*

(4) *Für eine entsprechende personelle und räumliche Ausstattung der einzelnen Justiz-Servicecenter-Einrichtungen sowie für deren informationstechnische Anbindung an die IT-Applikationen der Justiz ist jeweils Sorge zu tragen.*

§ 78b. (1) ...

(2) *Der* Leitende Visitor wird überdies durch die Visitatoren der Landesgerichte unterstützt. Visitor des *Landesgerichtes* ist der Vizepräsident,

**Vorgeschlagene Fassung**

der regionalen Bedeutung eines Standorts, jedenfalls aber an solchen Standorten, an denen Landes- und Bezirksgericht im selben Gebäude untergebracht sind,

kann die Bundesministerin *oder der Bundesminister* für Justiz zur Behandlung insbesondere von einfachen und rasch zu erledigenden Ansuchen und Auskünften Justiz-Servicecenter einrichten. *Soweit dies tunlich ist, sind diese an Standorten, bei denen auch eine Staatsanwaltschaft untergebracht ist, gemeinsam mit dieser zu führen.*

(2) *Justiz-Servicecenter können für den jeweiligen Standort (einfache Justiz-Servicecenter) oder unabhängig vom Standort zentral für alle Gerichte und Staatsanwaltschaften (zentrale Justiz-Servicecenter) eingerichtet werden. Wird von einem zentralen Justiz-Servicecenter ein protokollarisches Anbringen aufgenommen (§ 56 Abs. 1), so ist für seine Rechtzeitigkeit der Zeitpunkt der Protokollaufnahme maßgebend. Das protokollarische Anbringen ist erforderlichenfalls unverzüglich an das zuständige Gericht zu übersenden.*

§ 78b. (1) ...

(2) *Die* Leitende *Visitorin oder der Leitende* Visitor wird überdies durch die *Visitorinnen und* Visitatoren der Landesgerichte unterstützt. *Visitorin oder*

**Geltende Fassung**

bei mehreren Vizepräsidenten der damit vom Präsidenten des **Oberlandesgerichtes** betraute Vizepräsident. Zur Unterstützung des Visitators kann der Präsident des **Oberlandesgerichtes** im Rahmen der für die Justizverwaltung gebundenen Arbeitskapazitäten **auch andere Richter des Landesgerichtes mit deren Zustimmung** mit Aufgaben der inneren Revision betrauen.

(3) ...

(4) Der Visitator des Landesgerichtes **kann** im gesamten Sprengel des Oberlandesgerichtes eingesetzt werden. Bei dem Gericht, bei dem **er** ernannt **ist**, **darf er** in dieser Funktion nicht eingesetzt werden.

(5) ...

**Register und sonstige Geschäftsbehelfe**

§ 80. (1) ...

(2) In die Register und Geschäftsbehelfe dürfen nur solche Daten eingetragen werden, die erforderlich sind, um den Zweck des Registers oder Geschäftsbehelfs zu erfüllen. Die Führung der Register und sonstigen Geschäftsbehelfe sowie die Speicherung des Inhalts gerichtlicher Akten haben nach Maßgabe der technischen und personellen Möglichkeiten mit Hilfe **der Verfahrensautomation Justiz (VJ)** zu erfolgen. Die Daten der Register und sonstigen Geschäftsbehelfe dürfen vom Akteninhalt nicht abweichen.

(3) **Der** Bundesminister für Justiz hat durch Verordnung zu bestimmen, welche Register und Geschäftsbehelfe bei den Gerichten zu führen sowie welche Gattung von Angelegenheiten darin einzutragen sind, welche Organe sie zu führen haben und wie lange sie aufzubewahren oder verfügbar zu halten sind. Die Form und Einrichtung der Register und Geschäftsbehelfe **und** wie bei deren Führung im **einzelnen** zu verfahren ist, **ist** im **VJ-Online-Handbuch** oder in

**Vorgeschlagene Fassung**

Visitator des **Landesgerichts** ist **die Vizepräsidentin oder** der Vizepräsident, bei mehreren **Vizepräsidentinnen oder** Vizepräsidenten **die oder** der damit **von der Präsidentin oder** vom Präsidenten des **Oberlandesgerichtes** betraute **Vizepräsidentin oder** Vizepräsident. Zur Unterstützung **der Visitorin oder** des Visitators kann **die Präsidentin oder** der Präsident des **Oberlandesgerichtes mit deren Zustimmung auch andere Richterinnen und Richter des Landesgerichts** im Rahmen der für die Justizverwaltung gebundenen Arbeitskapazitäten **unter Anrechnung auf ihre Auslastung** mit Aufgaben der inneren Revision betrauen. **Darüber hinaus können Richterinnen und Richter der Landes- und Bezirksgerichte mit deren Zustimmung, jedoch ohne Anrechnung auf ihre Auslastung, mit Aufgaben der inneren Revision betraut werden.**

(3) ...

(4) **Die Visitorin oder** der Visitator des Landesgerichtes **sowie die weiteren mit Aufgaben der inneren Revision betrauten Richterinnen und Richter können** im gesamten Sprengel des Oberlandesgerichtes eingesetzt werden. Bei dem Gericht, bei dem **sie** ernannt **sind oder verwendet werden, dürfen sie** in dieser Funktion nicht eingesetzt werden.

(5) ...

**Register und sonstige Geschäftsbehelfe**

§ 80. (1) ...

(2) In die Register und **sonstigen** Geschäftsbehelfe dürfen nur solche Daten eingetragen werden, die erforderlich sind, um den Zweck des Registers oder **des sonstigen** Geschäftsbehelfs zu erfüllen. Die Führung der Register und sonstigen Geschäftsbehelfe sowie die Speicherung des Inhalts gerichtlicher Akten haben nach Maßgabe der technischen und personellen Möglichkeiten mit Hilfe **von Anwendungen der Informations- und Kommunikationstechnologie im System eJustiz (eJ)** zu erfolgen. Die Daten der Register und sonstigen Geschäftsbehelfe dürfen vom Akteninhalt nicht abweichen.

(3) **Die Bundesministerin oder der** Bundesminister für Justiz hat durch Verordnung zu bestimmen, welche Register und **sonstigen** Geschäftsbehelfe bei den Gerichten zu führen sowie welche Gattung von Angelegenheiten darin einzutragen sind, welche Organe sie zu führen haben und wie lange sie aufzubewahren oder verfügbar zu halten sind. Die Form und Einrichtung der Register und **sonstigen** Geschäftsbehelfe, wie bei deren Führung im **Einzelnen** zu

**Geltende Fassung**

sonstigen Erlässen zu regeln. Das **VJ-Online-Handbuch** ist in der jeweils aktuellen Fassung über **die Intranethomepage** der Justiz abrufbar zu halten; die sonstigen Erlässe sind dort zu verlautbaren.

**Berichte**

**§ 82.** **Alljährlich haben die** Landesgerichte den Oberlandesgerichten und diese dem Bundesministerium für Justiz ihre Wahrnehmungen über Zustand und Gang der Rechtspflege sowie über Mängel der Gesetzgebung oder des Geschäftsganges **zu** berichten und gegebenenfalls geeignete Änderungsvorschläge **zu** unterbreiten.

**Registerrauskunft**

**§ 89I.** (1) Jedermann kann **beim** Bezirksgericht **seines Wohnsitzes oder gewöhnlichen Aufenthalts** Auskunft über Gericht und Aktenzahl aller im elektronischen Register enthaltenen zivilgerichtlichen Verfahren beantragen, in denen er Partei ist. Diese Auskunft ist nach Maßgabe der technischen Möglichkeiten sowie unter Bedachtnahme auf eine einfache und sparsame Verwaltung und eine ausreichende Sicherung vor Missbrauch durch dritte Personen zu erteilen.

(2) ...

**§. 98.**

(1) bis (28) ...

**§ 99.** (1)...

(2) Mit der Vollziehung des § 14 ist die Bundesregierung, hinsichtlich der §§ 4 Abs. 5, 6 Abs. 2, §§ 8, 10 Z 2, 11 Abs. 1 Z 2 und 4 **sowie § 13** – soweit sie sich auf das Einschreiten von Sicherheitsbehörden beziehen – der Bundesminister für Inneres im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Justiz betraut.

**Vorgeschlagene Fassung**

verfahren ist **sowie andere interne Vorgaben zu den Anwendungen der Informations- und Kommunikationstechnologie** im **System eJustiz (eJ)** sind im eJ-Online-Handbuch oder in sonstigen Erlässen zu regeln. Das **eJ-Online-Handbuch** ist in der jeweils aktuellen Fassung über **das Intranet** der Justiz abrufbar zu halten; die sonstigen Erlässe sind dort zu verlautbaren.

**Berichte**

**§ 82.** **Die** Landesgerichte **können** den Oberlandesgerichten und diese dem Bundesministerium für Justiz ihre Wahrnehmungen über Zustand und Gang der Rechtspflege sowie über Mängel der Gesetzgebung oder des Geschäftsganges berichten und gegebenenfalls geeignete Änderungsvorschläge unterbreiten, **soweit sie dies als erforderlich erachten.**

**Registerrauskunft**

**§ 89I.** (1) Jedermann kann **bei einem** Bezirksgericht Auskunft über Gericht und Aktenzahl aller im elektronischen Register enthaltenen zivilgerichtlichen Verfahren beantragen, in denen er Partei ist. Diese Auskunft ist nach Maßgabe der technischen Möglichkeiten sowie unter Bedachtnahme auf eine einfache und sparsame Verwaltung und eine ausreichende Sicherung vor Missbrauch durch dritte Personen zu erteilen.

(2) ...

**§. 98.**

(1) bis (28) ...

**(29) Die §§ 15a bis 15d samt Überschriften, § 32 Abs. 5, § 47b samt Überschrift, § 78b Abs. 2 und 4, § 80 Abs. 2 und 3, § 82 samt Überschrift, § 89I Abs. 1 sowie § 99 Abs. 2 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. XX/2021 treten mit dem der Kundmachung folgenden Tag in Kraft.**

**§ 99.** (1)...

(2) Mit der Vollziehung des § 14 ist die Bundesregierung, hinsichtlich der §§ 4 Abs. 5, 6 Abs. 2, §§ 8, 10 Z 2, 11 Abs. 1 Z 2 und 4, **13 sowie § 15c Abs. 6** – soweit sie sich auf das Einschreiten von Sicherheitsbehörden beziehen – der Bundesminister für Inneres im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Justiz betraut.

**Geltende Fassung****Vorgeschlagene Fassung****Artikel II****Änderung des Bundesverwaltungsgerichtsgesetzes****2. Abschnitt****Organe des Bundesverwaltungsgerichtes****Präsident**

§ 3. (1) bis (4) ...

(5) Die §§ 1 bis 14 und 16 GOG gelten sinngemäß mit der Maßgabe, dass die darin vorgesehenen Befugnisse der Gerichtspräsidenten bzw. der Dienststellenleitung dem Präsidenten zukommen, und dass die Hausordnung durch Auflage zur öffentlichen Einsicht im Amtsgebäude und Bereitstellung im Internet kundzumachen ist.

**Inkrafttreten**

§ 27. (1) bis (7) ...

**2. Abschnitt****Organe des Bundesverwaltungsgerichtes****Präsident**

§ 3. (1) bis (4) ...

(5) Die §§ 1 bis 14 und **15a bis** 16 GOG gelten sinngemäß mit der Maßgabe, dass die darin vorgesehenen Befugnisse der Gerichtspräsidenten bzw. der Dienststellenleitung dem Präsidenten zukommen, und dass die Hausordnung durch Auflage zur öffentlichen Einsicht im Amtsgebäude und Bereitstellung im Internet kundzumachen ist.

**Inkrafttreten**

§ 27. (1) bis (7) ...

**(8) § 3 Abs. 5 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. XX/2021 tritt mit dem der Kundmachung folgenden Tag in Kraft.**

